

ERHARD BUSEK • WALDEMAR HUMMER (HRSG.)

# Der Europäische Konvent und sein Ergebnis - eine Europäische Verfassung

Ausgewählte Rechtsfragen samt Dokumentation

BÖHLAU VERLAG • WIEN • KÖLN • WEIMAR

# Inhaltsverzeichnis

VORWORT .....	11
---------------	----

*Heinrich Schneider*

## URSPRÜNGE UND VORLÄUFER DER GEGENWÄRTIGEN „VERFASSUNGSDISKUSSION“ IN DER EUROPÄISCHEN UNION

1. Vorbemerkung .....	15
2. Zur konzeptionellen Vorgeschichte der Integrationspolitik .....	15
3. Integrationspolitik als indirekte Verfassungspolitik .....	16
4. Verfassungspläne in der Ära der Europäischen Gemeinschaften .....	21
5. Neue Konzepte europäischer Verfassungspolitik .....	27
6. Zum Schluss: Ein Blick auf den Konvent.....	31

*Waldemar Hummer*

## DIE EUROPÄISCHE UNION: VOM TEMPEL ZUR VERFASSUNG - „KONSTITUTIONALISIERUNG“ DER EU DURCH DEN „VERFASSUNGSVERTRAG“?

1. Einführung .....	33
2. Von der Europäischen Union (EU) als „Tempel“ zur EU als „Stele“ .....	36
3. Der „Untergang“ von Euratom .....	37
4. Die „Auferstehung“ von Euratom .....	39
5. „Derivative“ Natur der Verbandsgewalt der (neuen) EU .....	40
6. „Strukturelle Kongruenz und Homogenität“ zwischen Staats- und Verbandsgewalt supranationaler Organisationen? .....	42
7. Vom „Prinzip der Gewaltenteilung“ im Staatsrecht zur „Funktionenordnung“ im Verbandsrecht der Europäischen Gemeinschaften .....	45
7.1. Staatsgewalt versus Verbandsgewalt bzw. „Gewaltenteilung“ versus „Funktionenordnung“ .....	45
7.2. Die gründungsvertraglich angelegten rechtsstaatlichen „Surrogate“ der Verbandsgewalt .....	47
8. Die EU - „Staatenbund“ oder „Bundesstaat“? Die gegenwärtige Hybridform als „Staatenverbund“ .....	48
8.1. In der Lehre .....	48
8.2. In der Judikatur .....	51
8.2.1 Das „Maastricht“-Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts (1993) .	51
8.2.2 In der Judikatur des EuGH und des EuG .....	52
9. Schlussbetrachtungen .....	54

*Elisabeth Tichy-Fisslberger*ZWISCHENERGEBNISSE UND MÖGLICHE ENDERGEBNISSE DES KONVENTS ÜBER  
DIE ZUKUNFT EUROPAS

1. Erste konkrete Zwischenergebnisse . . . . .	57
1.1. Kompetenzen . . . . .	58
1.2. Justiz und Inneres . . . . .	59
2. Die Institutionen der Union . . . . .	60
2.1. Der Europäische Rat . . . . .	60
2.2. Der Rat . . . . .	62
2.3 Die Kommission . . . . .	64
2.4. Europäisches Parlament . . . . .	65
2.5. Kongress . . . . .	66
2.6. Allgemeine Wertung . . . . .	66
3. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik . . . . .	66
4. Ausblick . . . . .	69

*Christoph Grabenwarter*GRUNDRECHTSSCHUTZ IN DER UNION: VERANKERUNG DER  
EU-GRUNDRECHTECHARTA UND BEITRITT ZUR EMRK

1. Einleitung . . . . .	71
2. Die Ausgangslage . . . . .	71
3. Die rechtliche Bedeutung der Grundrechtecharta — der Status quo . . . . .	73
4. Die Integration der Charta in die Europäische Verfassung . . . . .	74
4.1. Mögliche Optionen . . . . .	74
4.1.1. Beibehaltung der Unverbindlichkeit . . . . .	74
4.1.2. Verankerung in einer dem Art. 6 Abs. 2 EUV vergleichbaren Regelung . . . . .	74
4.1.3. Inkorporation in den Verfassungsvertrag . . . . .	75
4.2. Die Option des Konvents . . . . .	75
4.2.1. Vom Konvent vorgeschlagene Anpassungen in den allgemeinen Bestimmungen . . . . .	76
4.2.2. Anpassungen im Text der Charta? . . . . .	76
5. Drei Fragen für die Zukunft . . . . .	79
5.1. Das Verhältnis der Grundrechtsschichten zueinander . . . . .	79
5.2. Weitere Anpassungsnotwendigkeiten zur Beseitigung von Divergenzen? . . . . .	83
5.3. Wortwörtliche Wiederholung . . . . .	83
5.4. Abweichungen im Text, aber Vorbildfunktion . . . . .	84
5.5. Das Verhältnis zu den Grundfreiheiten . . . . .	84
6. Der Beitritt der Europäischen Union zur EMRK . . . . .	85
7. Schluss . . . . .	88

*Wolfram Karl*

DER BEITRITT DER EUROPÄISCHEN UNION ZUR EUROPÄISCHEN  
MENSCHENRECHTSKONVENTION

1. Einleitung . . . . . 89

2. Das Schutzsystem der EMRK . . . . . 91

3. Zur Wünschbarkeit eines EMRK-Beitritts: Externe Kontrolle  
in Menschenrechtsfragen . . . . . 92

4. Zur Notwendigkeit eines Beitritts: Zwickmühle zwischen europarechtlichen und  
völkerrechtlichen Pflichten. . . . . 93

5. Besserer interner Grundrechtsschutz als Alternative? . . . . . 95

6. Weitere Argumente für einen Beitritt und notwendige Klarstellungen. . . . . 97

7. Noch einige technische Fragen. . . . . 99

    7.1. Abschluss eines Beitrittsprotokolls durch die Europäische Union . . . . . 99

    7.2. Die Präsenz der Europäischen Union im Gerichtshof für Menschenrechte . . . . . 100

    7.3. Fragen der Passivlegitimation vor dem Gerichtshof für Menschenrechte. . . . . 100

8. Schlussbemerkung . . . . . 101

*Walter Obwexer*

EINE EINZIGE UNION: ZUSAMMENFÜHRUNG DER EUROPÄISCHEN UNION UND  
DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT IN EINEM VERFASSUNGSVERTRAG

1. Einführung . . . . . 103

2. Ausgangslage . . . . . 104

    2.1. Rechtsnatur der Europäischen Union. . . . . 104

    2.2. Vertragliche Grundlagen der Europäischen Union. . . . . 106

    2.3. Außenvertretung der Europäischen Gemeinschaft und (in) der Europäischen  
    Union. . . . . 109

3. Vorschläge zur Neuregelung im Rahmen des Verfassungsvertrages. . . . . 110

    3.1. Vorschläge des Europäischen Parlaments. . . . . 111

    3.2. Vorschläge der Kommission. . . . . 111

    3.3. Vorschläge der Arbeitsgruppe Rechtspersönlichkeit . . . . . 112

        3.3.1. Rechtspersönlichkeit der Union. . . . . 112

        3.3.2. Vereinfachung der Verträge. . . . . 112

        3.3.3. Auflösung der Säulenstruktur. . . . . 112

        3.3.4. Verfahren zur Aushandlung und zum Abschluss von Abkommen. . . . . 113

    3.4. Übernahme der Vorschläge in den Verfassungsvertrag. . . . . 113

4. Die „neue“ Union als eigenständige und alleinige internationale Organisation . . . . . 114

    4.1. Rechtspersönlichkeit . . . . . 114

    4.2. Rechts- und Geschäftsfähigkeit . . . . . 114

    4.3. Rechtsnachfolge gegenüber der Europäischen Union und der Europäischen  
    Gemeinschaft . . . . . 115

A3A. Eintritt in die internen Rechte und Pflichten . . . . .	116
4.3.2. Eintritt in die externen Rechte und Pflichten . . . . .	116
4.3.3. Übernahme des gesamten Vermögens sowie der Archive . . . . .	116
4.3.4. Weitergeltung des sekundären EU-Rechtes . . . . .	116
4.3.5. Maßgeblichkeit der Rechtsprechung des Gerichtshofes . . . . .	117
4.4. Zuständigkeit für EMRK-Beitritt . . . . .	117
4.5. Organe . . . . .	118
5. Vereinfachung der Verträge . . . . .	119
5.1. Abschluss eines einzigen Verfassungsvertrages . . . . .	119
5.1.1. Aufbau und Gliederung . . . . .	119
5.1.2. Praktische und rechtliche Fragen der Neuordnung des Primärrechts . . . . .	121
5.2. Aufhebung der früheren Verträge . . . . .	122
5.3. Verfahren zur Änderung des Verfassungsvertrages . . . . .	123
5.4. Einbeziehung des Euratom-Vertrages . . . . .	125
6. Außenvertretung . . . . .	125
6.1. Abschluss völkerrechtlicher Übereinkünfte . . . . .	125
6.1.1. Vertragsschlusskompetenz . . . . .	125
6.1.2. Vertragsschlussverfahren . . . . .	128
6.2. Beziehungen zu internationalen Organisationen und Drittländern . . . . .	131
6.3. Delegationen der Union . . . . .	132
7. Schlussbetrachtungen . . . . .	133

### *Alfred Längle*

#### ÜBERNAHME DER ERGEBNISSE DES „EU-ZUKUNFTSKONVENTS“ IN DIE REGIERUNGSKONFERENZ UND LÖSUNGSVARIANTEN FÜR ALLFÄLLIGE „RATIFIKATIONSUNFÄLLE“

1. Übernahme der Ergebnisse des „EU-Zukunftskonvents“ in die Regierungskonferenz . . . . .	135
2. Lösungsvarianten für allfällige „Ratifikationsunfälle“ . . . . .	136
2.1. Problem . . . . .	136
2.2. Lösungsvorschläge . . . . .	137
2.2.1. Vorschlag der Europäischen Kommission in ihrer Mitteilung zur institutionellen Architektur „Für die Europäische Union — Frieden, Freiheit, Solidarität“ . . . . .	138
2.2.2. Verfassungsvertragsentwurf des Kommissionspräsidenten Romano Prodi . . . . .	139
2.2.3. Artikel G aus dem Entwurf des Präsidiums des Konvents für Teil III: Allgemeine und Schlussbestimmungen des Verfassungsvertrages . . . . .	140
2.2.4. Artikel 82 des Entwurfs des Europäischen Parlaments eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union vom 14. 2. 1984 (Spinelli-Entwurf) . . . . .	142

2.2.5. Status der Mitgliedstaaten, die den Verfassungsvertrag nicht ratifizieren: Assoziation nach dem Modell des EWR . . . . .	142
3. Beurteilung der vorgeschlagenen Lösungsvarianten aus völkerrechtlicher und europarechtlicher Sicht . . . . .	143
4. Vorangehende Änderung von Artikel 48 EUV. . . . .	144
5. Könnte eine Vorgangsweise wie nach den negativen Referenda 1992 in Dänemark über den Vertrag von Maastricht bzw. 2001 in Irland über den Vertrag von Nizza eine Lösung bieten? . . . . .	145

### *Andreas Maurer*

SCHLIESST SICH DER KREIS? DER KONVENT, NATIONALE INTERESSEN UND DIE REGIERUNGSKONFERENZ . . . . .	147
1. Über Thessaloniki nach 2004. . . . .	149
2. Mandat, Ziel und Zwischenbilanz . . . . .	151
2.1. Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit in der EU. . . . .	152
2.2. Demokratie und Transparenz . . . . .	163
2.3. Kompetenz, Sichtbarkeit und Verantwortlichkeit . . . . .	182
3. Voraussetzungen der Regierungskonferenz . . . . .	183
3.1. Überprüfung der Kohärenz. . . . .	183
3.2. Einzelstaatliche Folgenabschätzung . . . . .	184
3.3. Erschließung des Verhandlungspotenzials. . . . .	185
4. Nach der Verfassung: Die Rolle des Europäischen Rates. . . . .	186
4.1. Grundsätzliche Fragen zum Europäischen Rat . . . . .	187
4.1.1. Bisherige Stellung des Europäischen Rates. . . . .	187
4.1.2. Die Stellung des Europäischen Rates . . . . .	189
4.2. Zur Rolle des europäischen Ratsvorsitzenden. . . . .	191
4.3. Entwicklungsmöglichkeiten des Europäischen Rates in der Gesetzgebung . . . . .	195
4.4. Konsequenzen für die weitere Beratung in der Regierungskonferenz. . . . .	195
4.4.1. Demokratische Kontrolle. . . . .	196
4.4.2. Handlungsfähigkeit im Europäischen Rat . . . . .	196
5. Perspektiven der Regierungskonferenz. . . . .	196

### ANHANG

Entwurf: Vertrag über eine Verfassung Europas. . . . .	199
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	377
Autorenverzeichnis. . . . .	381